

Menschenhandel: Umfrage in Luxemburg

Im Rahmen des Daphné-Projekts der EU "Schutz, Beratung und Betreuung von Gewaltopfern und OpferzeugInnen bei Menschenhandel" (siehe Artikel) wurden auch in Luxemburg Interviews geführt. Ziel der Befragung, deren Ergebnisse die Direktorin der "Fondation de Maison de Porte Ouverte" am vergangenen Montag auf einer Pressekonferenz vorstellte, war es, "das Interesse an der Thematik zu wecken, den spezifischen Schulungsbedarf bei den Interviewpartnern zu ermitteln, sowie die Bereitschaft zur Kooperation / Vernetzung der Organisationen sowohl auf interdisziplinärer als auch auf transnationaler Ebene zu fördern". Befragt wurden Polizeibeamte, Richter und Staatsanwälte und verschiedene Nichtregierungsorganisationen. Zwei Drittel der NGOs wünschen sich für die interdisziplinäre Zusammenarbeit einen besseren Informationsfluss. Mehr weibliche und vor allem fallspezifisch geschulte Polizeimitarbeiter als feste AnsprechpartnerInnen gehören zu den Haupt-Verbesserungsvorschlägen der NGO-MitarbeiterInnen.

Anders hingegen die Situation bei Polizei und Justiz: Die befragten Polizisten, Staatsanwälte und Richter gaben an, für sie funktionierte die Zusammenarbeit sowohl auf interdisziplinärer wie auch auf transnationaler Ebene. Ein Bedarf an spezifischen Weiterbildungsangeboten wurde nicht geäußert.

Kommunikationsfreudige Kirche

Gut ein Vierteljahrhundert brauchte die katholische Kirche Luxemburgs um sich mit einer allen Medien offen stehenden Pressestelle auszustatten. Nach dem zweiten vatikanischen Konzil hatten auch in Luxemburg Diskussionen begonnen, die die Rolle der Kirche in der Gesellschaft hinterfragten und eine nicht mehr allein auf das "Luxemburger Wort" ausgerichtete Informationspolitik einklagten. Bekanntlich tat man(n) sich damit schwer, aber jetzt hat auch kirchenintern ein Generationswechsel stattgefunden. Viele KritikerInnen von damals haben ihren ureigenen Marsch durch die Institutionen hinter sich. Doch auch das schwindende Gewicht der hauseigenen Tageszeitung dürfte am Ende die Schaffung des "service communication et presse" beschleunigt haben: Internet, Fernsehen und Radio haben einen Stellenwert, der nicht selten die klassischen, politisch oft eingefärbten Printmedien übertrifft. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass der bisherige Leiter des Info-Video-Centers, Théo Péporté, mit der Leitung der Pressestelle betraut wurde. Der "service communication et presse", der auch den kircheninternen Informationsfluss verbessern soll, hat seinen Sitz im Centre Convict in Luxemburg und ist telefonisch unter 44743-401 und per e-mail über com@cathol.lu erreichbar. Die neuerdings von der Pressestelle betreute Homepage www.cathol.lu wurde runderneuert und wartet jetzt täglich mit aktuellen Informationen auf.

Automatisch Auto?

Der Mouvement écologique lädt in Zusammenarbeit mit der Stadt Luxemburg, dem Klimabündnis und der Lëtzebuerger Velosinitiativ zu einer Konferenz ein zum Thema "Automatisch Auto? Die Wahl des Verkehrsmittels aus psychologischer Sicht". Referent der Veranstaltung, die am Montag, den 7. Oktober um 18.30 im Cercle Municipal stattfindet, ist der deutsche Verkehrspsychologe Klaus-Peter Kalwitzki. Im Mittelpunkt des Abends steht die Frage, warum, obwohl doch Meinungsumfragen zufolge so viele LuxemburgerInnen einen starken Ausbau des öffentlichen Transports befürworten, sich diese positive Einstellung nicht im alltäglichen Handeln widerspiegelt. So beträgt laut Mouvement écologique der "Modal Split", also das Verhältnis zwischen öffentlichem Transport und Individualverkehr, im Großherzogtum zurzeit nur etwa 13 bis 14 Prozent. Neben objektiven, externen Gründen (wie beispielsweise ein verbesserungswürdiges Angebot des öffentlichen Transports) existieren offensichtlich auch andere, subjektive Gründe, die dazu führen, dass das Auto bevorzugt wird. Welche genau diese sind und welche Veränderungsstrategien Sinn machen, wird der Verkehrspsychologe in seinem Vortrag erörtern.

MENSCHENHANDEL

Luxemburg, keine Insel

Um Menschenhändlern das Handwerk zu legen, müssen Polizei, Staat und NGOs verstärkt kooperieren. Das Projekt Daphné will dabei helfen.

(ik) - Nein, der Vorwurf, Luxemburg sei eine Drehscheibe des Menschenhandels in Europa habe sich bislang nicht bestätigt, stellte eine sichtlich erleichterte Familienministerin Marie-Josée Jacobs auf einer Pressekonferenz am vergangenen Montag fest. Immerhin sei seit 1998 keine entsprechende Anfrage aus dem Ausland gestellt worden. Daraus allerdings zu schlussfolgern, es gebe hierzulande keinen Handel mit Menschen, ist mehr als voreilig.

"Luxemburg ist keine heilige Insel", betont Marie-Anne Rodesch-Henges, Direktorin der "Fondation Maison de Porte Ouverte". Die Organisation gehört neben dem französischen "Mouvement du Nid" und der deutschen "Solwodi e.V." zu den NGOs, die sich gegen Menschenhandel einsetzen und die im Rahmen des "Daphné-Projekts" von der Europäischen Kommission und der luxemburgischen Regierung unterstützt werden. Erklärtes Ziel von "Daphné" ist es, Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder und insbesondere gegen Menschenhandel zu ergreifen.

Die Maisons de Porte Ouverte beherbergten wiederholt Prostituierte, die vor der Gewalt ihrer Zuhälter geflohen waren, darunter offensichtlich auch Frauen, die mit falschen Versprechungen ins Großherzogtum gelockt und dann zur Prostitution gezwun-

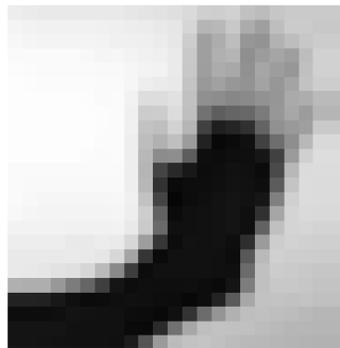
gen wurden. Die meisten von ihnen - 2001 waren es amtlichen Angaben zufolge rund 1.000 - kommen über den offiziellen Weg: Mit einer Arbeitserlaubnis als Künstlerin im Gepäck landen sie auf dem Findel, um dann zunächst für sechs Monate in einem der zahlreichen Kabarettis ihren Dienst als Tänzerin anzutreten.

Es ist allerdings ein offenes Geheimnis, dass in verschiedenen Bars die Frauen nicht nur Champagner, sondern oftmals auch ihren Körper verkaufen müssen. Und das gegen ihren Willen. Der Ausstieg aus der Zwangsarbeit ist extrem schwierig: Die meisten Betroffenen bekommen unmittelbar nach der Einreise von ihrem künftigen "Arbeitgeber" ihre Papiere abgenommen - und sind damit erpressbar. Hinzu kommt ein beträchtliches Maß an Gewalt.

"Die Frauen trauen sich meist nicht zur Polizei zu gehen, aus Angst vor weiteren Repressalien", erklärt Rodesch die verzweifelte Lage vieler Opfer. Diese extreme Abhängigkeit und der unsichere Aufenthaltsstatus wiederum führten dazu, dass im Großherzogtum bislang kein einziger Täter des Menschenhandels überführt werden konnte - obgleich Anklagen erhoben wurden. In einem Fall zog die Zeugin die Aussage kurz vor der Verhandlung zurück, obwohl das Justizministerium ihre Aufent-

halterlaubnis eigens für die Gerichtsverhandlung verlängert hatte. Offenbar wurde die Frau von ihrem Zuhälter massiv unter Druck gesetzt. Ein anderes Mal waren die Zeuginnen bereits wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt und konnten deshalb nicht mehr gehört werden.

Doch nicht nur die Situation der Opferzeugin erschwert die Anklageerhebung. Das lukrative Geschäft mit Menschen ebenso wie das Geschäft mit der Prostitution sind transnational organisiert. Nationale Polizeiermittlungen und Justizverfahren stoßen dort an Grenzen, wo entweder transnationale Regelungen fehlen oder aber Rechtshilfeabkommen nur zögerlich in die Praxis umgesetzt werden. Kein Wunder, dass sich unter den FürsprecherInnen der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution viele BefürworterInnen für internationale Kooperationen im Sinne von Euro- und Interpol befinden. "Was wir brauchen, ist eine Zusammenarbeit aller Verfolgungsbehörden, der zuständigen Ämter sowie der NGOs - und zwar grenzüberschreitend", betont Lea Ackermann. Eine Forderung, mit der die Gründerin und Vorsitzende von Solwodi e.V. (Solidarity with women in distress) bei der Familienministerin auf offene Ohren stößt. Jacobs wird am 28. Oktober in Straßburg eine von ihrem Ministerium mitfinanzierte transnationale Konferenz des Daphné-Projekts zum Thema "Protection, assistance et réhabilitation des victimes de violences et victimes témoins de la traite des êtres humains" eröffnen.

**WOHNUNGSBAU**

Mit Ikea ins Altersheim

"Recht auf Wohnen": Der Slogan der diesjährigen "Foire du Logement" wird in Luxemburg meist mit einem Bungalow auf sechs Ar Bauland gleichgesetzt. Innovativere Konzepte in Sachen Wohnqualität werden dagegen anderorts längst erprobt.

(rw) - Auf zu Wüstenrot, ... denn wenn's um Baufinanzierung geht, greifen die Luxemburger Banken meist auf ausländische Partner zurück. Die Entwicklung von Bausparkassen und Baufinanzierungsbanken wurde in Luxemburg durch Kooperationen luxemburger Banken mit ausländischen, vornehmlich deutschen Partnern ersetzt - zum Teil auf Grund des zu kleinen Marktes, zum Teil wegen des hiesigen Bausubventionierungssystems. Das hat Folgen: Es gibt in Luxemburg keine Wohnungsbaustiftungen, wie sie von den Bausparkassen häufig ins Leben gerufen werden. Das Beispiel der auf der "Foire du Logement" anwesenden Wüstenrot-Stiftung zeigt jedoch, wie wichtig die Impulsgebung solcher Vereine für neue Bau- und Wohnformen sein kann. So sponsert die Stiftung Wüstenrot in Deutschland nicht nur Lehrstühle für Wohnungsbau oder absolviert jährlich eine "Zukunftswerkstatt Wohnbauen", sondern vergibt auch regelmäßig einen Gestaltungspreis.

Wachsende Vielfalt der Lebensentwürfe

Einer der Preisträger des 4. Gestaltungspreises von 2000 ist Walter Stamm-Teske, der am Mittwochabend die Eröffnungsspreche zur "Foire du Logement" hielt. Der Schweizer Architekt und Universitätsprofessor für

Wohnungsbau hat in Weimar ein bemerkenswertes Wohnsiedlungsprojekt entwickelt: Der Zusammenschluss von 70 BewohnerInnen zu einer Genossenschaft führte nicht nur zu einer Bauweise, in der kollektive und private Nutzflächen unkonventionell gewichtet sind, sondern auch zum Aufblühen der nachbarschaftlichen Beziehungen in der Siedlung. Der Architekt ist selbst Bewohner der Siedlung.

Für den Gestaltungspreis wurden insgesamt über 600 Projekte aus ganz Deutschland eingereicht. Durch die hohe Beteiligung, so Stamm-Teske, habe man einen guten Überblick über den Wohnungsbau in Deutschland in den letzten Jahren erhalten. Die Wettbewerbsergebnisse wurden in einer Ausstellung dargestellt, die auf der "Foire" zu sehen ist. Den Slogan "Recht auf Wohnen" der diesjährigen "Foire du Logement" erweiterte der Redner zu "Recht auf Wohn-, also auch auf Bauqualität". Der qualifizierte Wohnungsbau sei eine Herausforderung für alle Beteiligten, biete aber auch die Chance, Potenziale zur Revitalisierung und Weiterentwicklung städtebaulicher Struktur freizulegen: "Durch die wachsende Vielfalt der Lebensentwürfe wird die Bedeutung qualifizierten Wohnungsbaus in Zukunft noch weiter zunehmen."

Wie im Weimarer taucht auch bei anderen ausgezeichneten

Projekten das Zusammenspiel von kommunikativer Architektur mit individueller Rückzugsmöglichkeit immer wieder auf. Ein weiteres wichtiges Element der Wohnungsplanung ist die Orientierung an sich verändernden Lebensformen. Heute werde noch viel zu stark für bestimmte Generationen gebaut: "Wir sprechen viel zu oft vom Bauen für junge Familien. Junge Familien sind nach fünf bis acht Jahren eine Wohngemeinschaft und bleiben das." Und: "Die Generation, die mit 60 bis 65 Jahren aus dem ersten Arbeitsprozess ausscheidet, aber noch 20 bis 30 Jahre, in Zukunft 40 Jahre lang fit ist, sucht eine Wohnmöglichkeit, die ihr angepasst ist." Neue Wohnmodelle müssten aber die gegenwärtige Wohnkultur berücksichtigen: "Wer in Ikea geboren ist, nimmt's mit bis ins Altersheim. Wir müssen daran denken, dass wir mit unserer eigenen Kultur alt werden."

Neben dem Thema Erschwinglichkeit, das bei den ausgewählten Projekten eine zentrale Rolle spielte - viele davon sind "low budget"-Wohnanlagen - ist das Thema Umweltentlastung omnipräsent. Die heute grassierende Vorstellung vom Eigenheim führe nicht zu urbanem Wohnen, sondern zur Landschaftsverwundung. Ein auch in Luxemburg brisantes Thema, das aber erst zaghaft einen Niederschlag im konkreten Wohnsiedlungsbau gefunden hat. Ganz zu schweigen von der Integration neuer Wohnformen, autofreier Wohnanlagen, Wohnen und Arbeiten am selben Ort und ähnlich avantgardistischem Zeug.

